



PD Dr. Lutz Mez
Forschungszentrum für Umweltpolitik
Freie Universität Berlin
lutz.mez@fu-berlin.de
www.fu-berlin.de/ffu

Atomenergiepolitik in Deutschland

Offener Hörsaal “Der Atomkonflikt in Deutschland – bis in alle Ewigkeit?”
Berlin, 8. Mai 2019

Vorbemerkungen

Die Kathedralen der Elektrizität

Stromwirtschaft und Technikoptionen

Stromwirtschaft und ökologischer Problemdruck

Energiewende und Atomausstieg

Atomenergiepolitik in Deutschland

Entstehung der westdeutschen Atomindustrie

Umfang und Entwicklung der Atomprogramme

Staatliche Förderung der Atomenergie

Rückstellungen und Atomfonds

Probleme der Atomindustrie

Atomausstieg und Schadenersatzklagen

Entstehung der westdeutschen Atomindustrie

Mai 1955 - Aufhebung des Alliiertenverbotes

Oktober 1955 - Bundesministerium für Atomfragen
(BMAf)

- Bundesatomgesetz
- Strahlenschutzverordnung
- Nachwuchsförderprogramm
- bi- und multilaterale Zusammenarbeit

Januar 1956 - Deutsche Atomkommission (DAfK)

- zeitweilig über 200 Mitglieder
- Atomprogramme

Umfang und Entwicklung der Atomprogramme

Eltviller Programm (1957) - krasser Fehlschlag

VAK Kahl und KKW Gundremmingen

2. Atomprogramm (1963-1967) -

3. Atomprogramm (1968-1972) - 6,2 Mrd. DM

4. Atomprogramm (1973-1976) - 7,8 Mrd. DM

Energieforschungsprogramm (1977-1980) - rd. 5 Mrd. DM

Schrumpfung um 75% seit 1982

Reaktortyp	Hersteller	Bauftrag
Leichtwasser-reaktor	AEG	Die baureifen Unterlagen des 1959 vergeben Entwicklungsauftrages wurden beim Bau des AKW Lingen verwendet
Gasgekühlter Natururanreaktor	Deutsche Babcock & Wilcox	kein Bauauftrag
Gasgekühlter Hochtemperatur-Reaktor	BBC/Krupp	1959 Bauauftrag für das AVR Jülich (15 MW); Bauzeit 1961-1966
Organisch moderierter Reaktor	Interatom (DEMAG/North American Aviation)	Aufgrund technischer Schwierigkeiten nicht gebaut
Schwerwasser-moderierter Natururan-Reaktor	Siemens	Wegen Finanzierungsschwierigkeiten Bau des KKW Niederaichbach erst ab 1966-1972; 1974 endgültig stillgelegt
Quelle: K. Prüß, Kernforschungspolitik in der BRD, Frankfurt/M. 1974, S. 343.		

Staatliche Förderung der Atomenergie

Das DIW (2007) berechnete die kumulierten öffentlichen Ausgaben seit 1956 mit 45,2 Mrd. € (bzw. die quantifizierbaren Effekte mit 53,8 Mrd. €)

Die FÖS ermittelte für den Zeitraum 1950-2010 Subventionen für Atomenergie in Höhe von insgesamt 151,6 Mrd. € (in Preisen von 2010 sind das 203,7 Mrd. €)

Die absehbaren zukünftigen Kosten wurden von der FÖS mit rd. 92,5 Mrd. € beziffert

Nicht einbezogen sind die externen Kosten und der geldwerte Vorteil der Betreiber durch die nicht ausreichende Haftpflichtversicherung (bis zu 11.413 Mrd. €)

Abriss- und Entsorgungskosten für deutsche AKW

AKW & install.Leistung in MW	Abriss- & Entsorgungskosten Mio. €	A- & E-Kosten spezifisch €/kW
AKW Stade 672 MW	500	744
AKW Niederaichbach 106 MW	135	1.274
THTR Hamm-Uentrop 308 MW	1.700	5.519
AKW Lubmin 6 x 440 MW	3.200	1.212
AKW Rheinsberg 70 MW	350	5.000

Rückstellungen der AKW-Betreiber

- Rückstellungen für die Stilllegung und Entsorgung von AKWs
- Umfang – 38,3 Mrd. € (Stand: 31.12.2014)
- Verzinsung bzw. Anlagepraxis für Rückstellungen
- Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung
Die vier deutschen AKW-Betreiber [E.ON](#), [EnBW](#), [RWE](#) und [Vattenfall](#) haben im Juli 2017 den gesetzlich festgelegten Grundbeitrag von 17,9 Mrd. € sowie den Risikozuschlag in Höhe von 6,2 Mrd. € an die Bundesbank überwiesen. Diese 24,1 Mrd. € sind der Kapitalstock des Atomfonds

Probleme der Atomindustrie

- Industrielle Kapazitäten
- Mangel an Fachkräften
- Kosten & Finanzierung
- Atommüll
- Proliferation
- Terror-Risiken
- Epidemien

Atomausstieg und Schadenersatzklagen

Der mit der rot-grünen Bundesregierung verhandelte Atomausstieg sollte wg. der Regellaufzeiten entschädigungsfrei sei

Der nach Fukushima beschlossene beschleunigte Atomausstieg führte zu einer Reihe von Klagen

Die AKW-Betreiber klagten vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Einführung fester Abschalttermine

RWE wollte von Hessen 235 Mio € Schadenersatz wg. Stilllegung vom AKW Biblis -> Entsorgungskonsens 6/2017

Vattenfall war 2012 vor das Internationale Schiedsgericht der Weltbank (ICSID) gegangen: Forderung 4,38 Mrd. € netto (inkl. Prozesszinsen derzeit rd. 6,1 Mrd. €)



Danke für die Aufmerksamkeit!

PD Dr. Lutz Mez

FFU. Ihnestr. 22. D-14195 Berlin

Email: lutz.mez@fu-berlin.de